

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Auslieferung...  
Preis 1,20 M., 2,40 M., 3,60 M., 4,80 M., 6,00 M., 7,20 M., 8,40 M., 9,60 M., 10,80 M., 12,00 M., 13,20 M., 14,40 M., 15,60 M., 16,80 M., 18,00 M., 19,20 M., 20,40 M., 21,60 M., 22,80 M., 24,00 M., 25,20 M., 26,40 M., 27,60 M., 28,80 M., 30,00 M., 31,20 M., 32,40 M., 33,60 M., 34,80 M., 36,00 M., 37,20 M., 38,40 M., 39,60 M., 40,80 M., 42,00 M., 43,20 M., 44,40 M., 45,60 M., 46,80 M., 48,00 M., 49,20 M., 50,40 M., 51,60 M., 52,80 M., 54,00 M., 55,20 M., 56,40 M., 57,60 M., 58,80 M., 60,00 M., 61,20 M., 62,40 M., 63,60 M., 64,80 M., 66,00 M., 67,20 M., 68,40 M., 69,60 M., 70,80 M., 72,00 M., 73,20 M., 74,40 M., 75,60 M., 76,80 M., 78,00 M., 79,20 M., 80,40 M., 81,60 M., 82,80 M., 84,00 M., 85,20 M., 86,40 M., 87,60 M., 88,80 M., 90,00 M., 91,20 M., 92,40 M., 93,60 M., 94,80 M., 96,00 M., 97,20 M., 98,40 M., 99,60 M., 100,00 M.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/32. Fernruf 25231. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Unterpauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 4: 1. Spaltenbreite 12, 2. Spaltenbreite 11, 3. Spaltenbreite 10, 4. Spaltenbreite 9, 5. Spaltenbreite 8, 6. Spaltenbreite 7, 7. Spaltenbreite 6, 8. Spaltenbreite 5, 9. Spaltenbreite 4, 10. Spaltenbreite 3, 11. Spaltenbreite 2, 12. Spaltenbreite 1. Preis pro Zeile 1,20 M., 1,40 M., 1,60 M., 1,80 M., 2,00 M., 2,20 M., 2,40 M., 2,60 M., 2,80 M., 3,00 M., 3,20 M., 3,40 M., 3,60 M., 3,80 M., 4,00 M., 4,20 M., 4,40 M., 4,60 M., 4,80 M., 5,00 M., 5,20 M., 5,40 M., 5,60 M., 5,80 M., 6,00 M., 6,20 M., 6,40 M., 6,60 M., 6,80 M., 7,00 M., 7,20 M., 7,40 M., 7,60 M., 7,80 M., 8,00 M., 8,20 M., 8,40 M., 8,60 M., 8,80 M., 9,00 M., 9,20 M., 9,40 M., 9,60 M., 9,80 M., 10,00 M.

## Stimmen der Einsicht im Ausland

### „Die deutsche Hand darf nicht zurückgewiesen werden“

London, 9. März.

Die Einstellung der englischen Montagspresse bei der Beurteilung der Führerrede und der Wiederbesetzung des Rheinlandes ist keineswegs einheitlich. Fast völlig ablehnend ist der „Daily Telegraph“, der häufig die Ansichten der Regierung wiedergibt. Unter der Überschrift „Herausforderung des Herrn Hitler“ (1) eines frei abgeschlossenen Vertrags“ schreibt dieses Blatt, daß Hitler durch die Entsendung von Truppen nach dem entmilitarisierten Rheinland den Befehl in „brücker Form“ den Handstreich hinzuschleudert habe. (2) Etwas ruhiger in Ton und Inhalt ist der Weltartikel

der rechtskonservativen „Morning Post“, die die Tatsache, daß ein breiter Streifen deutschen Landes entlang der französischen Grenze entmilitarisiert bleiben sollte, ein seltsames System nennt.

Reute, die außerhalb Frankreichs lebten und die nicht die praktischen Erfahrungen eines Einmarsches gemacht hätten, könnten geneigt sein, zu erklären, daß die einseitige Entmilitarisierung des Rheines eine Angelegenheit sei, die nicht bis in alle Ewigkeit dauern könne. Die Beseitigung eines solchen Zustandes sei an sich nicht unvernünftig. Es sei die unangenehme militärische Wiederbesetzung der Zone, gegen die die Unterzeichner der beiden Verträge protestieren müßten. Das Blatt wendet sich hierauf den Friedensvorschlügen des Führers zu, die mit fühltem Kopf erwogen werden müßten. Dagegen könne der französische Vorschlag, Sanktionen gegen Deutschland anzuwenden, kaum als praktisch bezeichnet werden.

Diese unglückselige Sanktionspolitik habe bereits Bankrott gemacht, und auf ihr Herumreiten zu wollen, würde nur eine „an sich

schon gefährliche Lage“ verschlimmern, ohne eine vernünftige Hoffnung auf Lösung zu bieten. Die englischen Staatsmänner würden gut daran tun, die deutschen Vorschläge kühl und ruhig zu erwägen unter der Voraussetzung, daß sie anzunehmen seien, was sich jetzt herausstellen werde. Deutschlands Friedensplan stelle ein umfassendes Programm dar, das viele Fragen aufwerfe.

Auch die „Times“ nennt die Wiederbesetzung des Rheinlandes die „Herausforderung eines freiwilligen Abkommens“, das die Grenzen Frankreichs und Belgiens elf Jahre lang unverletzlich gehalten habe. Immerhin müsse aber ein Unterschied zwischen dem Einzug deutscher Truppen in ein unbestreitbar unter deutscher Oberhoheit stehendes Gebiet und einem Akt, der Feuer und Schwert in das Gebiet eines Nachbarlandes trage, gemacht werden. Das Blatt warnt deshalb vor einer Panikstimmung und überhöhten Schlussfolgerungen. Für Deutschland sei die entmilitarisierte Zone mehr als das Kennzeichen eines unterlegenen Staates minderen Grades. Sie sei eine Quelle militärischer Schwäche für eine Macht, die eines Tages wieder in einen Krieg mit zwei Fronten verwickelt werden könnte. Hinter dieser Darstellung liege der uralte gegenseitige Argwohn. Die größte Aufgabe der Staatskunst werde darin bestehen, diese endlose Kette des Mißtrauens zu brechen. Hitler habe sich bemüht, seinem „Vertragsbruch“ eine konstruktive politische Folgerungsmöglichkeit zu geben. Diejenigen, die jetzt angerufen würden, ihr Urteil abzugeben, würden ihren Vätern gegenüber nicht ganz ihre Pflicht tun, wenn sie sich darauf beschränkten, den Wortlaut des Vertrages zu prüfen. Vielmehr müßten sie auch die Folgerungen unteruchen und feststellen, welcher Vorteil hier herausgezogen werden könne. Das Angebot

enthalte keine Bedingung, die als unzulässig abgelehnt werden könne. Eine doppelte entmilitarisierte Zone im Westen sei vielleicht nicht mehr durchführbar.

Aber die Forderung nach Gleichberechtigung sei darum an sich nicht weniger vernünftig, noch sei es die Forderung nach voller Autonomie im Rheingebiet, noch sei es die Bedingung, daß die Völkerverordnungen vom Versailler Vertrag getrennt werden müßten.

Die „Daily Mail“ (Rothermere-Konzern) wendet sich in ihrem Leitartikel energisch gegen das Verbot von Sanktionen. Deutschlands neuester Schlag habe in der Tat die Luft gereinigt, wie eine frische Brise von den Bergen habe er den Nebel hinweggefegt. Es sei völlig unmöglich, daß man der deutschen Nation auf unbestimmte Zeit ihre volle Oberhoheit über eine ihrer ersten Provinzen bestreiten könnte. Der militärische Wert der entmilitarisierten Zone für Frankreich sei im übrigen durch die neueste Entwicklung auf dem Gebiete der Luftfahrt erheblich vermindert. Infolgedessen sei die Sicherheit Frankreichs wie die von erstklassigen britischen Interessen nicht ernstlich berührt.

In diesem Augenblick sei es besser, auf die bolschewistischen Unruheherde zu achten.

Ihr Ziel bestrebe, wie französische Kritiker bei der Aussprache über den unglückseligen Sowjetpakt bereits erklärt haben, darin, die großen Mächte Europas in einen selbstmörderischen Krieg zu verwickeln. Sie würden gern die Gelegenheit benutzen, ihre unheilvollen Lehren weiter zu verbreiten und auf einen allgemeinen Zusammenbruch hinzuarbeiten. Die englische Regierung dürfe sich nicht langem lassen. Englands Politik müsse darin bestehen, Ruhe zu bewahren und auch die Anfristung mit einem Mindestmaß an Reden fortzusetzen.

Der arbeiterparteiliche „Daily Herald“ stellt fest, daß eine einseitige Entmilitarisierung unfair und uner-

## Deutsche Truppen an Deutschlands Strom



Freudig bewegt erlebt die Menge am Kölner Dom den Einzug der Truppen



Ein historischer Augenblick: Die feldgraue Kolonnen marschieren in Mainz über den Rhein

2 Aufnahmen Presse-Illustrationen-Hoffmann

träglich sei und in starkem Widerspruch zu dem feierlichen Gleichberechtigungsvorhaben des Jahres 1918 liege.

Moslen begrüßt die deutschen Vorschläge

Unter den Engländern, die sich sofort zu ihm wenden zu den deutschen Vorschlägen geäußert haben, befindet sich auch der Reichsminister Sir Oswald Mosley, der auf einer öffentlichen Versammlung am Sonntagabend in Nottingham erklärte, Deutschland habe innerhalb 24 Stunden mit einem Schlags seine volle Gleichheit mit den anderen Nationen Europas wiederhergestellt.

Wenn andererseits England durch die erreichte Stimmung Frankreichs zu vorläufigen Maßnahmen getrieben würde, so könnten die Dinge eine sehr ernste Wendung nehmen.

Der bekannte Arbeiterführer Sir Stafford Cripps sagte in einer Massenversammlung, daß die Ereignisse vom 7. März dazu angetan seien, einen Umschwungswinkel in Europa herbeizuführen, wenn sie mit Weisheit behandelt würden.

Kabinettsrat in London

Das englische Kabinett trat am Montagvormittag zusammen. Wie die Press Association meldet, beschäftigte es sich mit der Rheinlandfrage und der Erklärung des Führers im Reichstag.

Genf ist erfüllt von gespannter Erwartung

Die große Rede des Führers hat nicht zuletzt auch in Genf, dem Sitz des Völkerbundes, die allergrößte Beachtung gefunden. In den Völkerbundskreisen herrscht die stärkste Spannung, und die in Genf anwesenden Vertreter der internationalen Presse belagern förmlich die für die Auskunfts-erteilung zuständigen Stellen, um zu erfahren, was nunmehr, nachdem Deutschland durch den Mund seines Führers den Wiedertritt in den Völkerbund angekündigt hat, geschehen werde.

Mussolini stimmt Friedensverhandlungen zu

In der Sonnabendabendung des Ministerrates hat Mussolini, wie amtlich mitgeteilt wird, erklärt, daß sich die italienische Regierung entschlossen habe, den Appell des Dreizehnerausschusses im Grundsatz anzunehmen.

Ruhe an den abessinischen Fronten

Im Laufe des Sonntags kamen hier zahlreiche Gerüchte auf, die im Zusammenhang mit der ankommenden italienischen Antwort an den Dreizehner-Ausschuss von einer vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten wissen wollten.

Kriegsminister Ras Mulugeta gestorben

Der abessinische Kriegsminister und Oberführer Ras Mulugeta ist gestorben. Dem Vernehmen nach soll Mulugeta am Sonnabend einer Augenentzündung erlegen sein, während er nach einer anderen Lesart den Verwundungen erlegen sein soll, die er in der Schlacht am Amba Alabachi erhalten habe.

Die Wehrpflicht der Deutschen im Ausland

Der Reichsminister des Innern Dr. Frick gibt im Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 18, eine Anordnung über die Befreiung der deutschen Staatsangehörigen im Ausland für den aktiven Wehrdienst und Reichsarbeitsdienst im Jahre 1938 bekannt.

Völlige Verständnislosigkeit Carrauts

Der französische Ministerpräsident im Rundfunk

Ministerpräsident Carraut hielt am Sonntagabend im französischen Rundfunk eine Rede, in der er sich mit den Erklärungen des Führers vor dem Reichstag beschäftigte. In völliger Verkennung der deutschen Auffassung brachte der Ministerpräsident den Standpunkt der französischen Regierung in seiner ganzen Starrheit zum Ausdruck.

Von der großen Rede des Führers haben die Dresdner Nachrichten eine beschränkte Anzahl Sonderbrude herstellen lassen, die auf Anforderung kostenlos abgegeben werden

Die Sonderbrude sind in der Hauptgeschäftsstelle Treppen-Nr. 1, Marienstraße 38, zu haben oder werden gegen Entsendung des Portos (3 Rpf.) durch die Post zugestellt

besetzung der Beziehungen zu Deutschland zu erreichen verläßt, und diesen Bemühungen sei der Pakt von Locarno entgegen. Auch in der vorzeitigen Klärung des besetzten Gebietes erblickt Carraut einen Beweis des französischen Bundes, die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu verbessern.

glaubt der französische Ministerpräsident, Deutschland eines kühnen, klugen Verhaltens bedürftigen zu können, das in sonderbarem Widerspruch zu den mehrfachen Friedensobetterungen der Reichsregierung steht.

Als Beispiele führte er die Einstellung der Reparationszahlungen, das Verlassen der Abrüstungskonferenz, das Ausschneiden aus dem Völkerbund und die Wiedererrichtung der allgemeinen Wehrpflicht an.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Carraut der Bedeutung der entmilitarisierten Zone an, die die Unverletzlichkeit der französischen Grenze gegen einen plötzlichen Angriff (!) gewährleiste. Im Anschluß an das Führerinterview im "Paris Midi" stellte Carraut die Behauptung auf, daß die deutschen Einwendungen gegen den französisch-sowjetischen Wehrpakt in bezug auf seine Unverletzlichkeit mit dem Locarno-Vertrag völlig unzutreffend seien.

Ministerpräsident Carraut gab dann an, daß Deutschland in dem dem französischen Botschafter übergebenen Memorandum neue Vorschläge gemacht habe. Diese Vorschläge werde jedoch die französische Regierung nicht prüfen, denn Frankreich könne diesen kein Vertrauen entgegenbringen, nachdem nunmehr zum zweiten Male innerhalb eines

Jahres übernommene Verpflichtungen von Deutschland abgelehnt worden seien. Die Prüfung dieser Vorschläge könne aber auch nicht erfolgen, da Deutschland durch die Entsendung „bedeutender Streitkräfte“ in die entmilitarisierte Zone Frankreich vor vollendete Tatsachen gestellt habe.

Auch aus diesen Worten spricht wieder die vollkommene Einseitigkeit des französischen Standpunktes, der wohl für Frankreich jede zusätzliche Sicherheit vor dem Schreckgespenst einer „deutschen Gefahr“ in Anspruch nehmen will, ohne jedoch dem deutschen Nachbarn das gleiche Recht zubilligen zu wollen.

Ministerpräsident Carraut weist dann darauf hin, daß der Locarnovertrag im Fall einer Verletzung seiner Bestimmungen die Aufrufung des Völkerbundes vorsehe. So sei aber auch unumgänglich notwendig, daß ein unverzüglicher Meinungs-austausch zwischen den Signatarmächten dieses Vertrages stattfinde.

Mit Leidenschaft hat der französische Ministerpräsident in seiner Ansprache erklärt, Frankreich werde die deutschen Vorschläge nicht prüfen. Er begründet dies mit der einseitigen Aufkündigung feierlich übernommener Verpflichtungen für Deutschland und mit der Tatsache des Einmarsches von Truppen in das deutsche Rheinland.

Nun flaggt Carraut darüber, daß durch den Wegfall der entmilitarisierten Zone, deren Unverletzlichkeit durch das französische Vorgehen ins Unrechtsgelicht gerückt worden war, Frankreich nicht mehr geschützt sei, und er prägt in diesem Zusammenhang den Satz: „Wir wollen nicht, daß Straßburg im Bereich deutscher Kanonen liegt!“

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß Carraut sich der Leidenschaft der Verneinung derartig überläßt, daß er die konstruktiven Vorschläge Deutschlands beiseite schiebt. Er befindet sich in dieser Beziehung wohl nicht im Einklang mit vielen gewichtigen Stimmen des übrigen Auslandes, die den entscheidenden Wert der konstruktiven deutschen Vorschläge erkannt haben.

Wenn der französische Ministerpräsident sich sogar zu der Annahme verleiht, der Zeitpunkt der deutschen Verlautbarung sei mit Hinblick auf die französischen Wahlen gewählt, so ist festzustellen, daß Deutschland niemals in der Entzweiung des französischen Volkes einen Vorteil, sondern stets in dem einigen und einheitlichen Frankreich eine europäische Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit gesehen hat.

Obja legt seine Rundreise fort. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Obja ist am Sonntag spät abends nach Wien abgereist.

Aufruf Seidtes: Schafft Lehrstellen

Reichsarbeitsminister Seidte erläßt folgenden Aufruf: Ein Land, das wie Deutschland arm an Natur- und Bodenschätzen ist, kann diesen Mangel nur durch eine besonders hohe Qualität seiner Arbeiter ausgleichen.

Japan erhebt Vorstellungen in Paris

Gegen den französisch-sowjetischen Pakt

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte auf eine Anfrage zum Memorandum der deutschen Regierung, daß der Locarnovertrag eine rein europäische Angelegenheit sei. Japan sei deshalb nicht in der Lage, irgendeine Erklärung abzugeben.

Die gesamte japanische Presse berichtet trotz der immer noch ungelärten innenpolitischen Lage in größter Aufmerksamkeit über die demnächstige deutsche Reichstagsdebatte vom 7. März. Auch die ersten Stellungnahmen liegen bereits vor.

Schritt nicht erlaubt sein dürfe. „Tokuwa Kashi Shim-bun“ hält es für durchaus zweifelhaft, ob Frankreich mit seinem Vortritt im Völkerbund Erfolg haben werde, denn man dürfe nicht nur die staatsrechtliche Seite beurteilen, sondern müsse vielmehr die politische Ebene in den Vordergrund stellen.

Satentkruzifahrer von Kommunisten zerrissen

In Cadix haben am Sonntagmorgen Kommunisten die Satentkruzifahrer vom dortigen deutschen Konsulatgebäude heruntergerissen und zerstört. Bereits mehrere Stunden nach Bekanntwerden des Zwischenfalles erhub der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Madrid Einspruch beim spanischen Staatsministerium gegen den Überfall, forderte Verurteilung und ersuchte um härteren Gehör der amtlichen deutschen Vertretungen in Spanien.







Kursberichte vom 9. März 1936

Mitteldeutsche Börse zu Leipzig

(Ohne Gewähr)

Main market data table containing sections for Festverzinsliche Werte, Aktien (I. Industrie), and various bank and insurance listings.

Berliner Börse

(Ohne Gewähr)

Large table of Berlin market data including Deutsche Staats- und Stadtanleihen, Bank-Aktien, Transportwerte, Industrie-Aktien, Ausländische Anleihen, Amtlich notierte Devisenkurse, and Wiederaufbau-Zuschläge.

Berliner fortlaufende Notierungen

Table of continuous Berlin market quotations for various commodities and goods.